

Statistischer Bericht

L III 5 - j / 12

┌ Versorgungsempfänger im
Land Brandenburg
am 1. Januar 2012

Impressum

Statistischer Bericht
L III 5 – j / 12

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im Januar **2013**

Preis

pdf-Version: kostenlos
Excel-Version: kostenlos
Druck-Version: 6,- EUR

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel. 0331 8173 - 1777
Fax 030 9028 - 4091

© **Amt für Statistik** Berlin-Brandenburg,
Potsdam, 2013
*Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.*

Zeichenerklärung

0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
– nichts vorhanden
... Angabe fällt später an
() Aussagewert ist eingeschränkt
/ Zahlenwert nicht sicher genug
• Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
x Tabellenfach gesperrt
p vorläufige Zahl
r berichtigte Zahl
s geschätzte Zahl

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkungen	4
-----------------------	----------

Tabellen

1 Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar nach Art der Versorgung	6
2 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2012 nach Rechtsgrundlage, Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht	8
3 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2012 nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Art der Versorgung und Geschlecht	9
4 Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht am 1. Januar 2012 nach Altersgruppen, Art der Versorgung und Geschlecht	10
5 Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2011 nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles, Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen	11
6 Durchschnittsalter der Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2011 nach Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen	12

Vorbemerkungen

Allgemeine Angaben zur Statistik

• **Bezeichnung der Statistik**

Versorgungsempfängerstatistik

• **Berichtszeitraum**

Stichtagserhebung zum 01.01. des jeweiligen Jahres

• **Periodizität**

jährlich

• **Erhebungsgesamtheit, Zuordnungsprinzip der Erhebungseinheiten**

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Hierzu gehören Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht sowie nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz und nach beamtenrechtlichen Grundsätzen.

Zum Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/ Gemeindeverbände, die Zweckverbände, das Bundes Eisenbahnvermögen und die vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. betreuten Versorgungsempfänger und im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger, die Träger der Zusatzversicherung und die rechtlich selbstständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit.

• **Rechtsgrundlagen, Verordnungen, Empfehlungen**

Die Versorgungsempfängerstatistik wird entsprechend den Bestimmungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

Zweck und Ziele der Statistik

• **Erhebungsinhalte**

Versorgungsempfänger, die eine Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht, nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 Grundgesetz oder eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten, werden nach folgenden Erhebungsmerkmalen erfasst:

1. Geburtsmonat und -jahr,
2. Geschlecht, Familienstand,
3. Art des früheren Dienstverhältnisses,
4. Rechtsgrundlage der Versorgung,
5. Art des Versorgungsanspruchs,
6. Laufbahngruppe, Besoldungsgruppe,
7. Wohnort,
8. Ruhegehaltssatz,
9. Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles,
10. Bruttobezüge des Vorjahres,
11. Bezügebestandteile im Berichtsmonat.

• **Zweck der Statistik**

Die Daten der Versorgungsempfängerstatistik dienen zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten, Richter und Soldaten als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten- und Versorgungsrechts.

Außerdem werden die Ergebnisse für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften verwendet.

Ebenfalls dient die Versorgungsempfängerstatistik in Verbindung mit der Personalstandstatistik als Datengrundlage für den Versorgungsbericht der Bundesregierung.

Dieser gemäß Art. 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218) in der Fassung des Artikel 19 Absatz 8 des Versorgungsreformgesetzes 1998 (BGBl. I S. 1666) von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften in jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorzulegende Bericht über das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem wird auf Grundlage des Datenmaterials der Versorgungsempfängerstatistik erstellt.

• **Hauptnutzer der Statistik**

Neben dem Bundes-/Landesministerium des Innern, welche für die Weiterentwicklung des Versorgungsrechts zuständig sind, das Bundes-/Landesministerium der Finanzen für die Erstellung des Haushaltsplans bezüglich der künftigen Versorgungsausgaben sowie Interessenten aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Erhebungsmethodik

• **Art der Datengewinnung**

Die Daten der Versorgungsempfängerstatistik werden überwiegend von zentralen Versorgungskassen nach einem jährlich weitgehend gleich bleibenden Merkmalskatalog in Form von Einzeldatensätzen auf maschinell auswertbaren Datenträgern geliefert. Bei einzelnen Berichtsstellen, die dieses Verfahren nicht anwenden können, werden die Daten mit einem Erhebungsvordruck erfasst. Es handelt sich bei der Versorgungsempfängerstatistik um eine Vollerhebung.

• **Erhebungsinstrumente und Berichtsweg**

Bei allen Einheiten des Bundes wird die Befragung zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die übrigen Einheiten werden vom zuständigen Statistischen Landesamt befragt. Die Bundes- und einzelnen Länderergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt in aggregierter Form zusammengeführt.

Merkmale

• **Unmittelbarer öffentlicher Dienst**

Kernhaushalte und Sonderrechnungen des Landes, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände. Hierzu gehören Ämter, Behörden, Gerichte und rechtlich unselbstständige Einrichtungen (z. B. Eigenbetriebe, Landesbetriebe).

- **Mittelbarer öffentlicher Dienst**

Sozialversicherungsträger und andere Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Landes oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen.

- **Sozialversicherungsträger**

Einrichtungen der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung unter Aufsicht des Landes.

- **Rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform**

Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter der Rechtsaufsicht des Landes oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen. Hierzu zählen z. B.: Kommunaler Versorgungsverband, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Amt für Statistik, Stiftung Europa-Universität Viadrina.

- **Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht**

Personen, welche nach beamtenrechtlichen Vorschriften versorgt werden. Hierzu zählen ehemalige Beamte, Beamtinnen, Richter, Richterinnen sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamten, Beamtinnen, Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen.

- **Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen**

Bezieher und Bezieherinnen von Amtsgehalt (Ministerpräsidenten der Länder, Minister, Senatoren, Parlamentarische Staatssekretäre) und Angestellte/Arbeiter, welche aufgrund einer Dienstordnung beschäftigt waren sowie ihre Hinterbliebenen.

- **Ruhegehaltsempfänger**

Beamte, Beamtinnen, Richter, Richterinnen im Ruhestand, ehemalige Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen mit beamtenrechtlicher Hauptversorgung.

- **Empfänger von Witwen-/Witwergeld**

Hinterbliebene Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

- **Empfänger von Waisengeld**

Hinterbliebene Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten, soweit sie Waisengeld in Höhe von 12% (Halbwaisen), 20% (Vollwaisen) oder 30% (Unfallwaisen) des Ruhegehalts/Ruhelohns erhalten.

- **Versorgungsurheber**

Person, aus deren früherem Dienstverhältnis der Anspruch der Hinterbliebenen auf Versorgung abgeleitet wird.

- **Laufbahngruppen**

Die Versorgungsempfänger/-empfängerinnen werden unter Berücksichtigung der sogenannten Spitzenämter der ihrer Besoldungsgruppe entsprechenden Laufbahngruppe des Versorgungsurhebers zugeordnet.

- **Altersgrenze**

Gesetzlich bestimmter Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand.

- **Antragsaltersgrenze**

Zumeist ab dem 63. Lebensjahr; bei Schwerbehinderung und besonderer Altersgrenze ab dem 60. Lebensjahr.

- **Regelaltersgrenze**

In der Regel 67. Lebensjahr (ohne besondere Altersgrenze).

- **Besondere Altersgrenze**

Vorgezogene Regelaltersgrenze (z. B. im Polizeidienst, Vollzugsdienst, Feuerwehr).

- **Dienstunfähigkeit**

Liegt vor, wenn der Beamte, die Beamtin, Richter, Richterin aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

- **Versorgungsbezüge**

Es wird der monatliche Bruttobetrag für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen.

1 Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar nach Art der Versorgung

Jahr	Empfänger/-innen von			
	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
Öffentlicher Dienst insgesamt				
1995	69	54	7	8
2000	505	314	105	86
2005	1 631	1 170	273	188
2006	1 934	1 436	300	198
2007	2 233	1 688	336	209
2008	2 827	2 194	434	199
2009	3 316	2 634	486	196
2010	4 632	3 710	730	192
2011	5 324	4 385	764	175
2012	6 037	5 046	812	179
Unmittelbarer Landesdienst				
2005	1 514	1 081	250	183
2006	1 814	1 341	277	196
2007	2 099	1 586	309	204
2008	2 472	1 944	335	193
2009	2 958	2 380	388	190
2010	3 464	2 830	451	183
2011	4 143	3 487	492	164
2012	4 851	4 132	548	171
Land				
2005	1 265	849	236	180
2006	1 544	1 091	262	191
2007	1 808	1 317	291	200
2008	2 161	1 654	318	189
2009	2 600	2 054	364	182
2010	3 068	2 468	421	179
2011	3 691	3 076	456	159
2012	4 350	3 678	507	165
Gemeinden/Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)				
2005	249	232	14	3
2006	270	250	15	5
2007	291	269	18	4
2008	311	290	17	4
2009	358	326	24	8
2010	396	362	30	4
2011	452	411	36	5
2012	501	454	41	6
Mittelbarer Landesdienst				
2005	117	89	23	5
2006	120	95	23	2
2007	134	102	27	5
2008	355	250	99	6
2009	358	254	98	6
2010	1 168	880	279	9
2011	1 181	898	272	11
2012	1 186	914	264	8

**1 Entwicklung der Versorgungsempfänger am 1. Januar
nach Art der Versorgung**

Jahr	Empfänger/-innen von			
	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Landes ¹				
2005	112	84	23	5
2006	115	90	23	2
2007	129	97	27	5
2008	350	245	99	6
2009	350	246	98	6
2010	1 158	870	279	9
2011	1 170	887	272	11
2012	1 174	903	263	8
Rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform				
2005	5	5	–	–
2006	5	5	–	–
2007	5	5	–	–
2008	5	5	–	–
2009	8	8	–	–
2010	10	10	–	–
2011	11	11	–	–
2012	12	11	1	–

¹ Jahr 2010 Zusammenschluß AOK Berlin und Brandenburg; Jahr 2011 Zusammenschluß AOK Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zur AOK-Nordost

2 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2012 nach Rechtsgrundlage, Laufbahngruppen, Art der Versorgung und Geschlecht

Rechtsgrundlage der Versorgung — Laufbahngruppen	Empfänger/-innen von				Darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	Versorgungs- bezügen zusammen	darunter	
						Ruhe- gehalt	Witwen- geld
Insgesamt	6 037	5 046	812	179	2 155	1 386	672
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 067	4 285	610	172	1 754	1 179	482
Höherer Dienst	1 359	1 181	147	31	328	183	133
Gehobener Dienst	2 141	1 804	262	75	975	749	185
Mittlerer Dienst	1 554	1 289	199	66	445	243	162
Einfacher Dienst/Sonstige	13	11	2	–	6	4	2
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	970	761	202	7	401	207	190
Land zusammen	4 350	3 678	507	165	1 551	1 079	383
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	4 335	3 664	506	165	1 548	1 076	383
Höherer Dienst	884	765	90	29	225	134	79
Gehobener Dienst	1 943	1 648	222	73	890	705	146
Mittlerer Dienst	1 496	1 241	192	63	428	234	156
Einfacher Dienst/Sonstige	12	10	2	–	5	3	2
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	15	14	1	–	3	3	–
Gemeinden/Gemeindeverbände							
(einschl. kommunale Zweckverbände)							
zusammen	501	454	41	6	109	68	37
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	501	454	41	6	109	68	37
Höherer Dienst	390	358	31	1	72	44	28
Gehobener Dienst	58	51	5	2	23	16	5
Mittlerer Dienst	53	45	5	3	14	8	4
Einfacher Dienst/Sonstige	–	–	–	–	–	–	–
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	–	–	–	–	–	–	–
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht							
des Landes zusammen	1 174	903	263	8	492	237	251
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	219	156	62	1	94	33	61
Höherer Dienst	75	49	25	1	29	4	25
Gehobener Dienst	138	103	35	–	61	27	34
Mittlerer Dienst	5	3	2	–	3	1	2
Einfacher Dienst/Sonstige	1	1	–	–	1	1	–
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	955	747	201	7	398	204	190
Rechtlich selbstständige Einrichtungen in							
öffentlicher Rechtsform zusammen	12	11	1	–	3	2	1
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	12	11	1	–	3	2	1
Höherer Dienst	10	9	1	–	2	1	1
Gehobener Dienst	2	2	–	–	1	1	–
Mittlerer Dienst	–	–	–	–	–	–	–
Einfacher Dienst/Sonstige	–	–	–	–	–	–	–
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	–	–	–	–	–	–	–

3 Versorgungsempfänger am 1. Januar 2012 nach Art des früheren Dienstverhältnisses, Art der Versorgung und Geschlecht

Rechtsgrundlage der Versorgung — Art des früheren Dienstverhältnisses	Empfänger/-innen von				Darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	Versorgungs- bezügen zusammen	Ruhe- gehalt	Witwen- geld
Insgesamt	6 037	5 046	812	179	2 155	1 386	672
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	5 067	4 285	610	172	1 754	1 179	482
Beamte im Schuldienst	958	804	109	45	639	575	45
Beamte im Vollzugsdienst	2 275	1 920	275	80	525	224	251
Beamte in übrigen Bereichen	1 676	1 427	210	39	538	345	173
Richter	158	134	16	8	52	35	13
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	970	761	202	7	401	207	190
darunter Land zusammen	4 350	3 678	507	165	1 551	1 079	383
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	4 335	3 664	506	165	1 548	1 076	383
Beamte im Schuldienst	958	804	109	45	639	575	45
Beamte im Vollzugsdienst	2 227	1 879	271	77	517	222	247
Beamte in übrigen Bereichen	992	847	110	35	340	244	78
Richter	158	134	16	8	52	35	13
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	15	14	1	–	3	3	–
darunter Gemeinden/Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)							
zusammen	501	454	41	6	109	68	37
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	501	454	41	6	109	68	37
Beamte im Vollzugsdienst	48	41	4	3	8	2	4
Beamte in übrigen Bereichen	453	413	37	3	101	66	33

**4 Versorgungsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht am 1. Januar 2012 nach Altersgruppen,
Art der Versorgung und Geschlecht**

Altersgruppen in Jahren	Empfänger/-innen von				Darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs- bezügen insgesamt	Ruhe- gehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld	Versorgungs- bezügen zusammen	Ruhe- gehalt	Witwen- geld
Land zusammen	4 335	3 664	506	165	1 548	1 076	383
unter 15	47	–	–	47	24	–	–
15 bis unter 20	35	–	–	35	21	–	–
20 bis unter 25	61	–	–	61	35	–	–
25 bis unter 30	20	–	–	20	9	–	–
30 bis unter 35	9	6	1	2	4	3	1
35 bis unter 40	33	24	9	–	19	15	4
40 bis unter 45	63	44	19	–	41	27	14
45 bis unter 50	185	131	54	–	116	74	42
50 bis unter 55	333	218	115	–	213	127	86
55 bis unter 60	411	295	116	–	240	152	88
60 bis unter 65	1 561	1 452	109	–	438	347	91
65 bis unter 70	1 227	1 187	40	–	323	295	28
70 bis unter 75	285	248	37	–	53	29	24
75 bis unter 80	52	47	5	–	10	6	4
80 bis unter 85	13	12	1	–	2	1	1
85 bis unter 90	–	–	–	–	–	–	–
90 bis unter 95	–	–	–	–	–	–	–
95 und mehr	–	–	–	–	–	–	–
Gemeinden/Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)							
zusammen	501	454	41	6	109	68	37
unter 15	1	–	–	1	1	–	–
15 bis unter 20	1	–	–	1	–	–	–
20 bis unter 25	1	–	–	1	1	–	–
25 bis unter 30	3	–	–	3	2	–	–
30 bis unter 35	–	–	–	–	–	–	–
35 bis unter 40	2	2	–	–	1	1	–
40 bis unter 45	5	4	1	–	2	2	–
45 bis unter 50	14	13	1	–	3	2	1
50 bis unter 55	29	24	5	–	14	9	5
55 bis unter 60	65	62	3	–	13	11	2
60 bis unter 65	113	103	10	–	29	20	9
65 bis unter 70	137	127	10	–	26	16	10
70 bis unter 75	95	86	9	–	16	7	9
75 bis unter 80	27	25	2	–	1	–	1
80 bis unter 85	8	8	–	–	–	–	–
85 bis unter 90	–	–	–	–	–	–	–
90 bis unter 95	–	–	–	–	–	–	–
95 und mehr	–	–	–	–	–	–	–

5 Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2011 nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles, Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen¹

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Ins- gesamt	Ruhegehaltsempfänger					
		Beamte			höherer	ge- hobener	einfacher und mittlerer
		im Schul- dienst	im Vollzugs- dienst	in übrigen Be- reichen			
Dienst							
Neuzugänge insgesamt	706	231	325	150	88	391	227
Dienstunfähigkeit	163	87	50	26	5	107	51
Besondere Altersgrenze	274	–	274	–	5	103	166
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	1	–	1	–	–	–	1
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei besonderer Altersgrenze	15	9	–	6	4	11	–
Allgemeine Antragsaltersgrenze	93	79	–	14	5	86	2
Gesetzliche Regelaltersgrenze	129	55	–	74	38	84	7
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	14	–	–	14	14	–	–
Hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	2	–	–	2	2	–	–
Einstweiliger Ruhestand	–	–	–	–	–	–	–
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	14	–	–	14	14	–	–
Sonstige Gründe	1	1	–	–	1	–	–
darunter Land zusammen	658	231	314	113	66	377	215
Dienstunfähigkeit	151	87	50	14	2	100	49
Besondere Altersgrenze	263	–	263	–	4	103	156
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	1	–	1	–	–	–	1
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei besonderer Altersgrenze	14	9	–	5	4	10	–
Allgemeine Antragsaltersgrenze	89	79	–	10	4	83	2
Gesetzliche Regelaltersgrenze	125	55	–	70	37	81	7
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	13	–	–	13	13	–	–
Hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	1	–	–	1	1	–	–
Einstweiliger Ruhestand	–	–	–	–	–	–	–
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Gründe	1	1	–	–	1	–	–
darunter Gemeinden/Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände) zusammen	43	–	11	32	21	10	12
Dienstunfähigkeit	9	–	–	9	3	4	2
Besondere Altersgrenze	11	–	11	–	1	–	10
Hinausgeschobene besondere Altersgrenze auf Antrag	–	–	–	–	–	–	–
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung und bei besonderer Altersgrenze	–	–	–	–	–	–	–
Allgemeine Antragsaltersgrenze	4	–	–	4	1	3	–
Gesetzliche Regelaltersgrenze	4	–	–	4	1	3	–
Regelaltersgrenze nach dem 67. Lebensjahr	–	–	–	–	–	–	–
Hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	1	–	–	1	1	–	–
Einstweiliger Ruhestand	–	–	–	–	–	–	–
Ablauf der festgesetzten Dienstzeit	14	–	–	14	14	–	–
Sonstige Gründe	–	–	–	–	–	–	–

¹ nur Ruhegehaltsempfänger nach Beamtenversorgungsrecht

6 Durchschnittsalter der Neuzugänge an Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2011 nach Art des früheren Dienstverhältnisses und Laufbahngruppen

Rechtsgrundlage der Versorgung — Art des früheren Dienstverhältnisses	Insgesamt	Höherer	Gehobener	Einfacher und mittlerer
	Durchschnittsalter in Jahren			
Neuzugänge insgesamt	59,5	62,8	59,9	57,6
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	59,8	63,2	60,1	57,9
Beamte im Schuldienst	60,0	63,2	59,9	–
Beamte im Vollzugsdienst	58,6	60,1	59,3	58,1
Beamte in übrigen Bereichen	61,8	63,2	62,8	55,1
Richter	64,8	64,8	–	–
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	53,9	56,9	54,8	50,6
darunter Land zusammen	59,8	64,2	60,1	57,9
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	59,8	64,3	60,1	57,9
Beamte im Schuldienst	60,0	63,2	59,9	–
Beamte im Vollzugsdienst	58,5	59,8	59,3	58,0
Beamte in übrigen Bereichen	62,9	64,7	64,0	56,3
Richter	64,8	64,8	–	–
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	58,0	58,0	–	–
darunter Gemeinden/Gemeindeverbände (einschl. kommunale Zweckverbände)				
zusammen	59,7	59,7	62,4	57,3
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht	59,7	59,7	62,4	57,3
Beamte im Vollzugsdienst	60,2	61,3	–	60,1
Beamte in übrigen Bereichen	59,5	59,6	62,4	43,2

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse. Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

Amtliche Statistik im Verbund

Die Statistiken werden bundesweit nach einheitlichen Konzepten, Methoden und Verfahren arbeitsteilig erstellt. Die statistischen Ämter der Länder sind dabei grundsätzlich für die Durchführung der Erhebungen, für die Aufbereitung und Veröffentlichung der Länderergebnisse zuständig. Durch diese Kooperation in einem „Statistikverbund“ entstehen für alle Länder vergleichbare und zu einem Bundesergebnis zusammenführbare Erhebungsergebnisse.

Produkte und Dienstleistungen

Informationsservice

info@statistik-bbb.de
mit statistischen Informationen für jedermann und Beratung sowie maßgeschneiderte Aufbereitungen von Daten über Berlin und Brandenburg. Auskunft, Beratung, Pressedienst sowie Fachbibliothek.

Standort Potsdam

Behlertstraße 3a, 14467 Potsdam
Tel. 0331 8173 - 1777
Fax 030 9028 - 4091
Mo – Do 9 – 15 Uhr, Fr 9 – 14 Uhr

Standort Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Bibliothek
Tel. 030 9021 - 3540
Mo – Do 9 – 15 Uhr, Fr 9 – 14 Uhr

Internet-Angebot

www.statistik-berlin-brandenburg.de
mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einem Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes.

Statistische Jahrbücher

mit einer Vielzahl von Tabellen aus nahezu allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik.

Statistische Berichte

mit Ergebnissen der einzelnen Statistiken in Tabellen in tiefer sachlicher Gliederung und Grafiken zur Veranschaulichung von Entwicklungen und Strukturen.
Mit dieser Reihe werden die bisherigen Veröffentlichungen Statistischer Berichte aus dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg sowie dem Statistischen Landesamt Berlin fortgesetzt.

Datenangebot aus dem Sachgebiet

Informationen zu dieser Veröffentlichung

Referat 21
Tel. 0331 8173 - 1213
Personalstatistik@statistik-bbb.de

Weitere Veröffentlichungen zum Thema

Statistische Berichte:

- Personal im öffentlichen Dienst
L III 2
- Personal der
Gemeinden und Gemeindeverbände
Ergebnisse nach Produktgruppen
L III 3
- Regionalisierte Ergebnisse
des Personals im öffentlichen Dienst
L III 4

Statistisches Bundesamt:

- Personal des öffentlichen Dienstes
Fachserie 14, Reihe 6

Diese Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes steht im Internet www.destatis.de.